

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementsspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 M., für 2 Monate 1.40 M., für 1 Monat 70 Pf. ausschließlich Bestellgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltene Zeitzeile oder deren Raum mit 25 Pf., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf., berechnet. Schwieriger Sach nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Erbediton: Tauchaer Str. 19/21. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertags geschlossen.

## Tageskalender.

Die Gesamtzahl der in Berlin wegen der Maissied Ausgesperrten soll 40—50 000 betragen.

Die Petersburger Telegraphenagentur kündigt den unmittelbar bevorstehenden Rücktritt Witte's an.

Die Reichstagswahl in Hagen findet am 19. Juli statt.

Über die Finanzverschleierungsmänner beim Bau des Berliner Schauspielhauses haben die Kreisräte im preußischen Dreiklassenparlament eine Interpellation eingereicht.

## Der holländische Parteitag.

Von Anton Pannkoek.

\* Leipzig, 3. Mai.

Das Hauptergebnis des Kongresses, den die holländische Sozialdemokratie zu Ostern in Utrecht abgehalten hat, war eine Entscheidung über die Organisation und Taktik der Partei. Um sie richtig zu verstehen, muß man einen Blick auf ihre Vorgeschichte werfen und die Umstände, unter denen sie erfolgte.

In einem früheren Artikel haben wir die unerfreulichen Auseinandersetzungen über die Stichwahlen des vorigen Jahres besprochen. Sie führten zu einer starken Verschärfung innerhalb der Partei. Die neue politische Lage — eine mehrheitslose liberale Regierung, die durch Freundschaft nach allen Seiten, auch nach der unfristigen, sich behaupten muß — erzeugte nach der Anstrengung des Wahlkampfes eine Abspannung, die sich in unbehaglichen Stimmungen äußerte. Schließlich führte eine persönliche Differenz zwischen zwei Genossen — die sogenannte Affäre Winkoop-Hugenholtz — zu heftigen Auseinandersetzungen.

Dadurch wurde die gereizte Stimmung zur höchsten Erbitterung gesteigert, die sich in der Ansicht zusammenfaßte: jenem parteischädigenden Unfug, jenen gegenseitigen Angriffen muß um jeden Preis ein Ziel gesetzt werden. Unter solchen Unfug wollte nun Troelstra, der politische Führer im Parlament, zugleich die Streitigkeiten begreifen wissen, die bei mehreren Gelegenheiten zwischen ihm und den holländischen Marxisten über Fragen des Programms und der Taktik entstanden waren.

Die holländische Partei verfügt über einige Mitglieder, die zu den vortrefflichsten Kennern des Marxismus gehören: Gorter, Van der Goes, Henrique Roland-Holst. Sie gehören zu den angesehensten Propagandisten der Partei und redigieren zusammen die Monatsschrift: De Nieuwe Tijd. Seit einigen Jahren haben sie durch ihre

Kritik und ihre Plätschläge einen bedeutenden Einfluß auf die Praxis der Partei ausgeübt; bei verschiedenen Meinungsverschiedenheiten, die sie mit Troelstra hatten, unterlag dieser, wie bei der Agrarfrage und in gewissem Sinne auch bei der Massenstreitbewegung von 1903, oder er fand sich einer starken Minderheit gegenüber, wie bei der Schulfrage. So lange die aggressive Politik der reaktionären Regierung Kuypers die Arbeiter zu einer schroff-revolutionären Haltung nötigte, konnte der Gegensatz zwischen der marxistischen und der bürgerlich-parlamentarischen Richtung nur gelegentlich bei Einzelfragen scharf hervortreten. Dies änderte sich jedoch, sobald die neue Regierung, in der die fortschrittlichen Elemente bedeutenden Einfluß hatten, den heftigen Angriffsangriff gegen die Arbeiterbewegung einstellte und die Peitsche, zwar nicht vom Zuckerbrot kräftiger Sozialreformen, aber doch von freundlichen Redensarten abgelöst wurde.

Nun mußte es manchem Parlamentarier als möglich erscheinen, durch Verzicht auf den intransigenten, oppositionellen Standpunkt und durch entgegenkommende Haltung dem energielen Liberalismus bedeutende Reformen für die Arbeiterklasse abzugeben. Um hierfür freie Hand zu bekommen, war es nötig, den Einfluß der Marxisten, der bisher größer gewesen war, als der ökonomisch-rückständigen Entwicklung Hollands entsprach, ganz niederzuwerfen. Zu diesem Zwecke schlug sich Troelstra ganz zum rechten Flügel der Partei — dessen namhafteste Vertreter der Abgeordnete Schaper und der auch im Auslande bekannte revisionistische Schriftsteller Bliegen sind — benützte die herrschende Verstimmung, die er noch geschickt zu steigern wußte, und eröffnete eine außerordentlich lebhafte Kampagne gegen die Marxisten, die er als Ursache aller Übels und aller inneren Zwistigkeiten anklagte und obendrein beschuldigte, ihn aus der Führerstelle und der Redaktion des Parteiorganis getrieben zu haben.

Unter solchen Umständen trat der Osterkongress zusammen. Nach dem Verlaufe der örtlichen Mitgliederversammlungen schien es wahrscheinlich, daß die große Masse der Partei ihrem politischen Führer blindlings in seinem Kampfe gegen die Marxisten folgen würde. Mit seinen Freunden brachte Troelstra einige Resolutionen ein, welche die Marxisten als Störenfriede und Parteiverderber brandmarkten und eine neue Organisation vorbereiten sollten, wonach der Schwerpunkt der Partei mehr als bisher in die Parlamentsfraktion fallen würde. Waren diese Resolutionen mit überwältigender Mehrheit angenommen worden, so wäre aller Einfluß der Marxisten auf die praktische Politik für die nächste Zeit unmöglich geworden; die bürgerlich-parlamentarische Richtung hätte dann freie Hand bekommen. In diesem Falle war nicht einzusehen, wie weit die Partei auf der schiefen Ebene des Reformismus hinabgleiten würde, und es drohte die Gefahr einer Spaltung mit all den üblichen Folgen, die sie in Frankreich gehabt hat.

blick diese Luft hier ein — dann gehst du gar nicht mehr in den Bahnwagen zurück. Hier ist, scheint's, Gewitter gewesen. Das wird eine herrliche Fahrt in der feuchten warmen Luft. Ein bisschen Regen schadet uns nichts! — Vorwärts! Wir haben keine Zeit zu verlieren!"

So redete Senger auf seinen Freund ein, zog ihn auf den nassen Bahnsteig hinunter in seine Gewalt und gab damit dem jungen Vertrauten die ersehnte Freiheit einiger Stunden.

Zu Abschiedsreden blieb nicht viel Zeit.

"Alles fertig?" fragte bereits einer der Beamten, während die kaum geöffneten Türen zugeschlagen wurden und ein Beutel in den Postwagen flog. Ein langstieliges Hämmerchen, von der Hand eines für schwere Dienste nicht mehr tauglichen Greises geführt, klirrte gegen die Räder des leichten Wagens.

"Fertig! Absfahren!"

Ein Pfiff. Die eiserne Schlange fauchte ein paarmal hastig, ihre Glieder bequemten sich, dem Kopfe zu folgen, schoben sich schneller dahin und gewannen alsbald die alte Frigigkeit wieder.

Karl winkte den Entschwindenden aus dem Buge noch ein Weilchen zu und sah dabei doch hinüber in das ihm wohlbekannte blühende Land, in das Reich seiner Verheißung.

Die Sonne versuchte wiederholzt, durch das Gewölk zu dringen; an dem Höhenzug aber stauten sich noch große schwarze Wolkenschichten, über die manchmal ein Feuerfunke sprang und deren Saum unter anhaltendem tiefen Grullen von Zeit zu Zeit im Glanze elektrischen Feuers aufleuchtete.

In der Gegend, nach der Karls Blicke als zur Stätte des Liebsten auf Erden schweiften, schienen die Feigen des Gewölks bis zur Erde zu hängen.

Er sah gespannt dahin, auch als der Schaffner zu ihm

Glücklicherweise ist die holländische Partei dieser Gefahr entronnen. Die drei Führer der marxistischen Richtung verteidigten sich energisch, enthüllten das Ziel der gegen sie gerichteten Angriffe, und sahen die Bedeutung des Marxismus für die praktische Politik der Sozialdemokratie auseinander. So erklärten sich 62 Stimmen für, 130 Stimmen gegen sie, während sich 25 Stimmen des Brotums enthielten. Das heißt: der Marxismus ist, wie es mit der gegenwärtigen ökonomischen und politischen Lage Hollands übereinstimmt, zwar in die Minderheit gedrängt, aber keineswegs mundtot gemacht worden. Der Versuch ist fehlgeschlagen, diese Richtung von der praktisch politischen Führung der Partei ganz auszuschließen und ihr nur das Gebiet der theoretischen Auflösung zuzuweisen. Sie hat sich in einer Position zu behaupten gewusst, von der sie nach einigen Jahren, wenn die Lage durch die unvermeidlichen Enttäuschungen der Politik des Entgegenkommens und durch das Wiederaufleben der revolutionären Bewegung im Auslande sich geändert haben wird, das Terrain nach und nach wieder erobern kann. Da die beiden Richtungen jetzt wissen, in welchem Maße sie miteinander zu rechnen haben, ist ein Zusammensetzen möglich und die Gefahr einer künftigen Spaltung ausgeschlossen.

Einen bedeutenden Anteil daran, daß trotz der aufgehoben und erbitterten Stimmung gegen die "Störenfriede" dies Ergebnis erzielt wurde, hatte die Tatsache, daß die Gefahren des Nur-Parlamentarismus auf diesem selben Kongreß bei der Diskussion über den Arbeitskontrakt unverkennbar hervortraten.

Das frühere Ministerium Kuypers hatte einen Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitsverträge eingeführt, der die Arbeitseinstellung an Bedingungen knüpfte, die tatsächlich die Streifreheit aufhoben. Gegen dies reaktionäre Knebelgesetz entfachten die Gewerkschaften, im Bunde mit der Partei, eine erfolgreiche Agitation. In einer neuen Vorlage wurden dem Ungeheuer die schlimmsten Giftzähne ausgebrochen; dennoch enthielt es noch immer so viele, die Gewerkschaftsbewegung hemmende Bestimmungen, daß die Agitation auch gegen den neuen Entwurf energisch fortgesetzt wurde. Die neue liberale Regierung wußte nun ihre Arbeiterfreundlichkeit nicht besser zu zeigen, als dadurch, daß sie bei dieser arbeiterfeindlichen "Sozialreform" das Programm ihrer reaktionären Vorgänger übernahm; seit ein paar Monaten wird der neue Entwurf im Parlamente beraten. Dabei führte die neue Stellung der Fraktion zu der neuen Regierung zu einem Konflikt zwischen ihr und dem Agitationsteam, mit dem der Parteivorstand immer übereinstimmte hatte. Die Arbeiterklasse war sehr unangenehm überrascht, als sich im Parlamente zeigte, daß die Fraktion nicht den prinzipiell ablehnenden Standpunkt des Komitees einnahm und sogar auf die scharfen Angriffe der kapitalistischen Redner, auf

trat, und hatte eine Frage im Blick, deren Bedeutung der Beamte gleich erriet.

"Ja, fell ich Feuer!" sagte er.

"Feuer?"

"Ja — die haben drüben schwere Gewitter gehabt. Ein Kollege am Bahnhof hat gemeint, vor einer Viertelstunde hätten noch an der Station alle Fenster gesplittert — so ein paar Schläge habe man gehört. Wahrscheinlich hats drüben eingeschlagen."

"Wo mag das sein?"

"Manche sagten, ein paar einzelne Scheuerln brennen; wir haben uns schon gestritten. Ich glaube aber, es ist eines der Dörfer oder gar ein Zippel von Badenweiler. — Nein, wahrscheinlich eines der kleinen Dörfer. Da drüben liegt ja eine ganze Reihe."

Damit entfernte sich der Schaffner, schlüpfte die Türe zu und ging im Bilde weiter.

In der Einsamkeit nahm die Sehnsucht, an diesem Tage ein bekanntes Mädchengesicht flüchtig zu erblicken, von Karl Böhl. Ihm verlangte, eine bekannte liebre, metallklare Stimme wie vom Grunde der Seele abermals ein unvergleichliches Geständnis heraufholen zu hören. Und auch ein Gefühl schwerer Angst konnte er nicht meistern, als er Lage und Entfernung Böhlweilers aufs neue schätzte und sich die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit eingestehen mußte, die Stätte des Brandungslids könne Irenes Heimat sein.

Wenn er nun die, welche er für sein Leben suchte, hente in der Stadt trafe und ihr Beunruhigung bringen müsse, statt eine Stunde sondergleichen dem Glück und nichts als dem Glück zu widmen!

O, wenn er sie doch trafe!

Was wäre denn besser: die Bekanntschaft Irenes mit dem Vater oder eine eigene aufmunternde neue Stunde leidenschaftlicher Geständnisse Augen in Auge?

War nicht der Vater wieder gesund? War sein Geschäft

## Seuilleton.

### Opfer der Liebe.

Ein Roman aus Süddeutschlands Nebengelände.

Von Max Wittich.

[Nachdruck verboten.]

38]

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

die „bössartige und gehässige Agitation“ hin die Solidarität mit dieser Agitation ablehnte. Nach einer scharfen Debatte auf dem Kongress, bei der die Fraktion nicht zum Besten abschnitt und Troelstra sein Bedauern über seine parlamentarische Taktik aussprechen musste, wurde die Haltung des Parteivorstandes, also des Agitationsteams gebilligt.

In Ländern, wo das Parlament die Regierungsgewalt fast völlig beherrscht, kommen die sozialistischen Parlamentarier leicht dazu, die Bedeutung ihrer Arbeit zu übersehen, und ihren parlamentarischen Kampf für den politischen Kampf des Proletariats überhaupt zu halten. Das Hauptziel aller Strebens wird da — statt der Bildung einer festgefügten, von gründlichem sozialistischen Bewußtsein getragenen Partei — eine große Wählermasse und möglichst viel Mandate zu sammeln. Dann wird die Fraktion aus einem wichtigen Organ zur eigentlichen Leitung der Partei, der alle anderen Organe dienen sollen; die politischen Führer werden da die Leute, deren parlamentarischer Geschicklichkeit die vom Proletariat erungenen Vorteile eigentlich zu danken sind, wofür ihnen dann freie Hand im Parlament zu gewähren ist.

Wohin solche Auffassungen führen können, hat sich in dem Konflikt über den Arbeitskontrakt gezeigt; zum Glück hat sich die Partei in diesem Punkte nicht der Fraktion gefügt erweisen.

## Reichstag.

92. Sitzung, Mittwoch, den 2. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesstaatliche: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des vom Zentrum eingebrochenen Toleranzantrags. Die Debatte beginnt bei § 1, der jedem deutschen Staatsbürger Freiheit des religiösen Bekenntnisses und der Religion gewährleisten soll.

Die Abg. Dr. Müller-Meiningen und Dr. Müller-Sagan (freis. Vp.) haben einen gleich gerichteten, aber redaktionell anders formulierten § 1 vorgeschlagen und außerdem die Einführung eines § 1a: „Niemand ist verpflichtet, seiner oder seiner Angehörigen Glaubensmeinungen oder Zugehörigkeit zu einer Glaubengemeinschaft zu offenbaren. Staatliche oder kommunale Behörden dürfen keine regelmäßigen Befragungen oder Aufzeichnungen darüber vornehmen.“

Abg. Grüber (Bentr.) gibt einen Überblick über die Geschichte der Toleranz vom Augsburger Religionsfrieden bis auf den heutigen Tag. Die Bestimmungen einzelner Bundesstaaten, nach welchen gottesdienstliche Handlungen einer Konfession der staatlichen Genehmigung bedürfen, sind Überbleibsel des alten Polizeistaats. Eben deshalb sollte der Reichstag hier eingreifen. Wie treten auch für die Freiheit der Religionsübung der Dissidenten ein, soweit deren Tätigkeit nicht mit den sittlichen Forderungen der Gesellschaft in Konflikt kommt. — Der Kampf der Konfessionen kann nur auf dem Boden der Freiheit ausgefochten werden. Zu dem Antrag Dr. Müller-Meiningen können wir erst Stellung nehmen, wenn wir seine Begründung gehört haben. Wir haben keine Hintergedanken bei unserem Antrag und sind gern bereit, Abänderungen und Zusätze gewissenhaft zu prüfen und eventuell anzunehmen. Verlangen aber können wir, daß das Misstrauen gegen unsern Antrag aufhört. (Lebhafte Beifall bei den Freisinnigen und bei den Soz.)

Abg. Dr. David (Soz.): Der Vorredner beschlägt sich über das Misstrauen gegenüber dem Zentrum. Über wenn Misstrauen überhaupt eine demokratische Tugend ist, so besonders dem Zentrum gegenüber. (Sehr gut! links, Lachen im Zentrum.) Wir haben nicht die Angstmeierei gewisser Kreise gegenüber diesem Antrag mitgemacht, seinem Grundprinzip vielmehr stets zugestimmt, soweit es sich darum handelt, die in manchen deutschen Einzelstaaten noch bestehenden Schranken der religiösen Ausübung zu beseitigen. Aber wie wenig ernst es dem Zentrum oder doch dem ihm nahestehenden Kreise mit wirklicher Toleranz ist, erleben wir ja alle Tage. Erst kürzlich ist wieder auf Betreiben der Ultramontanen ein Dekret wegen einer naturwissenschaftlichen Schrift aus Koblenz strafversetzt worden, und die Germania hat sich darüber weidlich gefreut. — Dieses unserer Misstrauen hindert uns aber nicht, zu glauben, daß es dem Zentrum in seiner Weise mit dem Toleranzantrag ernst ist. Die katholische Kirche hat, wie zugestanden werden muß, die lästige Angstmeierei und Konkurrenz fürcht nicht nötig, die den evangelischen Bund und sonstige protestantische Organisationen erfüllt. Mit ihrer Furcht vor Rom stellen sich diese Protestantenten selbst das altersschlimmste geistige Armutzeugnis aus. (Sehr richtig! bei den Soz. und im Zentrum.) Bei manchen pro-

testantischen Geistlichen ist diese Furcht vor Rom direkt pathologisch geworden. Die Fassung des § 1, auch die, die das Zentrum uns vorschlägt, gibt zu solchen Angstmeiereien keinen Grund. Nach den Motiven des Gesetzes ist kein Zweifel darüber möglich, daß hier der Ausdruck „religiöses Bekenntnis“ in dem weitesten Sinne genommen ist, daß also Atheismus, Pantheismus und Monismus darunter fallen. Immerhin hält doppelt genährt besser, und daher werden wir für den freisinnigen Abänderungsantrag stimmen, der den Vorzug noch schärfer formuliert hat. — Den Antrag Süder, auf Überweisung der ganzen Materie an die Landesgesetzgebung, lehnen wir natürlich ab. Wir sind prinzipielle Anhänger der Ausdehnung der Reichskompetenz und wünschen nur, daß das Zentrum seine in diesem Antrage befundene Tendenz, die reichsgerichtliche Kompetenz gegenüber der landesgesetzlichen auszudehnen, auch auf andern Gebieten, z. B. der Wahlfrage, betätigen möchte. (Sehr gut! bei den Soz.) — Der Antrag des Zentrums leidet an einer ersichtlichen Inkonsistenz. Er wagt es nicht, mit der Kirchenhöheit des Staates prinzipiell aufzuräumen. Der Grund ihrer (zum Zentrum) Abneigung gegen die reinliche Trennung von Kirche und Staat ist natürlich leicht ersichtlich: Die Kirche will nicht auf das Geld vom Staat verzichten. Solange der Staat aber für die Kirche bezahlen muß, wird er eben auch in die kirchlichen Angelegenheiten mit hineinreden wollen. — Wir verwerfen jede Beschränkung der Religionsübung. Wir sind schon deshalb für Beseitigung jeder Negation der katholischen Kirche, weil mit ihrer Beseitigung der Zentrumspartei ein leider noch immer recht wirksamer Agitationststoff genommen werden wird. Daher übrigens die volle Entstaatlichung der Kirche weder zum Aufhören des religiösen Lebens, noch zur Alleinherrschaft der katholischen Kirche führt, beweist das Beispiel Amerikas. In Amerika ist das Bildungs niveau ein weit höheres als bei uns. Wie tief das unsrige ist, das haben uns ja die hier gehaltenen Reden der Abg. Süder und Osel über den Darwinismus mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt. (Zustimmung links.) — Wenn das Zentrum beweisen will, daß es ihm wirklich ernst mit seinem Antrag ist, so möge es die von uns und den Freisinnigen beantragten Abänderungen und Zusätze annehmen. (Lebhafte Beifall bei den Freisinnigen und bei den Soz.)

Abg. Henning (son.): Wir lehnen den Antrag in allen seinen Teilen ab, erstens aus Kompetenzbedenken, zweitens, weil wir keinen Kulturskampf haben wollen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Vp.): Der zweite Teil des Zentrumsantrags ist und bleibt für uns unannehmbar. Auch der § 1 leidet an Unklarheiten, die verhängnisvoll werden können. Diesen eben soll unser Abänderungsantrag abheben.

— Wir bringen dem Zentrum dasselbe Misstrauen entgegen, wie der Abg. Dr. David. Das bedeutet natürlich durchaus nicht, daß wir dieleinlichen Schikanierungen der katholischen Kirche in verschiedenen Bundesstaaten billigen oder daß wir uns für die protestantische Orthodoxie begeistern. Diese ist beinahe so schlimm wie der Ultramontanismus und wir sehen ja jetzt, wie beide im trauten Wunde zu einem tödlichen Streiche gegen die preußische Volkschule ausholen. (Sehr richtig! links.) — Abg. Dr. David bezeichnete bei der ersten Lesung den § 1 als einen Leuchtturm. Nun, dann möge unser Antrag dazu beitragen, das Licht dieses Leuchtturms zu verstärken. In der Beurteilung des § 1 in der Zentrumsfassung war Dr. David entschieden zu optimistisch. Für die einführende Orthodoxie besteht der Ausdruck „religiöses Bekenntnis“ keineswegs die Ausdehnung, von der Dr. David sprach, sondern ist konfessionell eingeschränkt. — Wir ferner großen Wert darauf, daß die Freiheit der Staatsbürger in konfessioneller Beziehung unter allen Umständen festgelegt werden. Daher schließt sich die von uns vorgeschlagene Fassung eng an den in diesem Teile bewährten Text der preußischen Verfassungsurkunde an. — Die Unklarheiten des Zentrumsantrags bedrohen die größten kulturellen Errungenschaften des letzten Jahrhunderts, während die Fassung, die wir vorschlagen, geeignet ist, den religiösen Frieden und die religiöse Freiheit zu gewährleisten. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Sieber (nat.-lb.): Wir lehnen den Zentrumsantrag in allen seinen Teilen ab. Wir halten die Ausdehnung der Reichskompetenz auf dieses Gebiet für äußerst bedenklich. Das ist der Grund unserer Ablehnung und nicht etwa, wie Dr. David meinte, das Misstrauen in die siegende Kraft des Protestantismus. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

(Staatssekretär Graf Posadowsky hat am Bundesstaatlichen Platz genommen.)

Abg. Schröder (freis. Vp.): Meine Freunde stimmen wie bisher dem Grundgedanken des Gesetzes zu. Die gegen die Fassung des § 1 geäußerten Bedenken scheinen mir nicht so stark, um das Gesetz daran scheitern zu lassen.

Abg. Kamp (Reichsp.): Auch wir wollen den Frieden zwischen den Konfessionen fördern, aber wir glauben, die geplagten Verhandlungen könnten dem Zentrum genügen, und die Einzelstaaten werden Anregungen zur Abhilfe der Beschwerden empfangen haben. Dagegen kann das Reich auf diesem Gebiete nicht in die Kompetenz der Landesgesetzgebung eingreifen. Deshalb

in den letzten Monaten nicht, abgesehen von kleinen Schwankungen, von seinem Vertreter sicher geführt worden? Brauchte er den Sohn noch so notwendig, um diesem die willenslose Gefolgschaft selbstverständlich erscheinen zu lassen?

Sollte er, Karl Arndt, die Eine, von der er doch niemals lassen und zu der er sich im Notfall den Weg mit Gewalt bahnen wollte, nicht gerade jetzt einfach nehmen und sie dem Vater zuführen:

„Hier, Vater, das ist sie! Das ist Irene! Ich bin deinen Worten bis hierher gefolgt; ich habe bisher das Gebiet deiner Tätigkeit nach deinen Wünschen mit beobachtet; ich habe mich vorübergehend gänzlich losgerissen von der Verfolgung meiner Pläne. Doch nun, glaube ich, ist auch meine Zeit gekommen; nun sind wohl die Tage da, in denen ich mein Leben vorbereiten darf. Hier, sieh sie dir an: die ist, mit der ich furchtlos das Leben bezwingen will, mit der ich mir mein Schicksal zu schaffen getraue. — Prüfe sie! Erprobe sie mit allen Mitteln! Ungehört darfst du sie nicht verurteilen und für unwürdig erklären. Denn sonst müßte ich eigne Wege gehen. Verwirf, Vater, nicht die Mittel des Friedens!“

Karl sah da mit geschlossenen Augen, und die erregten Sinne malten ihm das ernste Bild der Phantasie in scharfen Umrissen aus.

Ohne Aufenthalt raste inzwischen der Zug dahin, daß die Funken stoben; als Karl endlich wieder die Gegend ins Auge fasste, sah er schon ihm vertraute Häuser und Straßenzüge auftauchen.

Sein Entschluß war, trotz etwaigen Empfanges am Bahnhofe durch einige Freunde, sogleich das Krankenhaus aufzusuchen und sich nach Irenes gegenwärtigem Aufenthalte zu erkundigen.

Er mußte gleich ein paar Worte mit ihr sprechen oder doch Sicherheit haben, ob sie zurzeit in der Stadt oder im Vaterhaus wohne. Denn eher würde er, sagte er sich, nicht Ruhe gewinnen zu einigen vergnügten Stunden im Kreise treuer Seelen und treuer Genossen.

müssen wir den Antrag ablehnen. Die Behauptung des Abgeordneten Dr. Müller, daß das preußische Volkschulgesetz die konfessionellen Gegenseite verschärft wird, muß ich entschieden zurückweisen. (Lachen links.)

Abg. Dr. Süder (Wirtsch. Vg.): Wir stehen auf dem Boden der religiösen Freiheit und wollen gern uns Mühe geben, dahin zu wirken, daß die Klagen über Intoleranz gegen Katholiken verschwinden. Möge aber das Zentrum auch dafür sorgen, daß die Bedrückungen gegen die Evangelischen in Bayern aufhören. Den Antrag selbst müssen wir ablehnen, denn bei den komplizierten Verhältnissen kann eine Regelung nur auf dem Wege der Landesgesetzgebung erfolgen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Frhr. v. Hartling (Bentr.): Wir wollen lediglich die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, und die gegen unsre Fassung des § 1 geäußerten Bedenken sind ungutrechtfertig. Selbstverständlich halten wir nicht alle Überzeugungen für gleichwertig und wollen nicht etwa dem religiösen Indifferenzstatut das Wort reden. (Bravo! im Zentrum.) Herrn Dr. David erwähne ich, daß in unserer Erklärung bei der Wahlrechtsfrage betont wird, daß jahrgang eine Kompetenz des Reiches nicht besteht, wie aber bereit sind, falls die Regierungen uns eine entsprechende Vorlage machen, auf diesen Boden zu treten. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Die Debatte ist erschöpft. Der § 1 wird in der Fassung des Dr. Müller-Meiningen gegen die Rechte und die Nationalliberalen angenommen.

Dr. Müller-Meiningen (freis. Vp.): begründet den § 1a: Da dieser Antrag von der Kommission nur mit 9 gegen 9 abgelehnt worden ist, haben wir ihn hier wieder eingebracht. Die Schnüffelei nach der Konfession hat vielfach geradezu skurrile Formen angenommen. (Sehr wahr! links.) Dem soll ein Siegel vorgeschoßen werden. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Spahn (Bentr.): Der Tendenz des § 1a könnten wir zustimmen. Sein letzter Satz aber hebt ihn wieder auf. (Widerspruch links.) Lebriegen kann man die Antwort auf die Frage nach dem religiösen Bekenntnis, wo sie unberechtigt ist, auch heute schon ablehnen.

Abg. Dr. David (Soz.): Der zuletzt geäußerte Aufsatz muß ich durchaus widersprechen. Wenn die Frage auch unberichtig, aber mit der Autorität der Behörde gestellt wird, so kann der einzelne nicht immer die Antwort verteidigen. Wir stimmen zwar dem Antrage zu, sind aber nicht abgeneigt, im Interesse der Annahme auch einer andern Formulierung die Zustimmung zu geben.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Vp.): Ich behalte mir vor, für den Antrag zur dritten Lesung eine andre Fassung auszuarbeiten, und ziehe ihn vorläufig zurück.

Die §§ 2 und 3 werden ohne Debatte angenommen. Es folgt § 4, wonach ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberichtigten nicht zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden darf, welcher der religiösen Überzeugung der Erziehungsberichtigten nicht entspricht.

Die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen, die leichten Worte von „welcher“ an zu streichen.

Die Abg. Dr. Müller-Meiningen und Müller-Sagan (freis. Vp.) beantragen eine Fassung des § 4, wonach kein Kind ohne schriftliche Ermächtigung des Erziehungsberichtigten zu einem andern Religionsunterricht hinzugezogen werden darf als zu dem in der Religion des Erziehungsberichtigten eingerichtet. Auf Antrag des Vaters soll aber auch Befreiung von diesem eintreten.

Abg. Dr. Bachem (Bentr.): Unser § 4 will das Recht der Feststellung über die religiöse Erziehung ausdrücklich den Eltern vorbehalten ohne jede staatliche Einmischung. Erziehungenen berichtigten nicht zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden darf, welcher der religiösen Überzeugung der Erziehungsberichtigten nicht entspricht. Wenn aber der Vater indifferent ist, sollten wir dem Kind die Wohltat des Religionsunterrichts zulassen werden lassen; das würde die Fassung des Antrages Dr. Müller verhindern, den ich daher ablehnen bitte. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Hoffmann-Berlin (Soz.) wendet sich gegen die Beibehaltung der Worte, die der oben mitgeteilte Antrag Albrecht zu streichen vorschlägt. Die Furcht des Abgeordneten Spahn vor einer künftigen Herrschaft der Dissidenten begreife ich wirklich nicht. Die Herren brauchen doch keine Bange zu haben, daß nach ihrem Glauben ohne Gottes Willen ja nichts geschehen kann. Freilich müssen Sie, wenn Sie so fest an Gottes Willen glauben, auch keine Kanonen und Panzerschiffe bewilligen, denn Sie werden doch nicht durch Kanonen und Panzerschiffe Gottes Willen korrigieren wollen. (Große Heiterkeit.) Den freisinnigen Antrag halten wir keineswegs für eine Verbesserung. Im preußischen Landtag ist man zurzeit dabei, die Dissidentenkinder in die konfessionellen Schulen hinzuzwingen. Dadurch, daß man ausdrücklich verfügt, daß jüdische Schulen nur jüdische Schüler aufnehmen dürfen, verrammelt man den Dissidenten den Ausweg, ihre Kinder in den jüdischen Religionsunterricht zu schicken. Der Religionsunterricht nach dem Willen der Herren von der Rechten und vom Zentrum soll dazu dienen, alles Wissen zu erlernen, wosfern es nicht für kapitalistische Ausbildung unabdingbar nötig ist. (Värnender Widerspruch rechts und im Zentrum.) Der Abgeordnete Süder erläuterte bei der ersten Lesung, er bedauere meine damalige Riede im Interesse der Bildung. (Wiederholtes Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Ich glaube, er hat damit mein mangelfhaftes Deutsch gemeint. (Wiederholtes Lautes Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Wenn Sie über mich lachen, dann lachen Sie über die Volkschule, die Sie doch eingerichtet haben. Wäre in ebenso gut im Deutschen wie in der Religion unterrichtet worden, dann wäre ich vielleicht weniger in der Bibel bewandert, spräche aber ein besseres Deutsch. (Lebhafte Zustimmung links.) Aber Sie wollen ja gar nicht, daß die Arbeiter sich bilden. Als ich im Gefängnis in Zeith mich in der deutschen Sprache fortbildete, wurde mir die Gelegenheit dazu versagt. (Hört, hört bei den Sozialdemokraten.) Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Neuner hat die Tribüne des Reichstages benutzt, um über meine Sprachschwächen zu lachen und ein Zeitungsschreiber der Leipziger Neuesten Nachrichten hat sogar einen Leitartikel daraus gemacht. (Heiterkeit.) Es ist aber besser, ein Mensch mit Sprachschwächen zu sein, als ein Lohnnehmer kapitalistischer Interessen mit dem Gesicht eines eingebildeten herrschaftlichen Aufschwerts. (Värn bei den Nationalliberalen und rechts.) Es ist immer noch besser, „mir“ und „mir“ zu verwechseln, als „Mein“ und „Dein“, wie es den Herren von der Zollmehrheit passiert ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Vater und Lachen rechts und im Zentrum.) Den Erfolg des Religionsunterrichts durch den Moralunterricht, wie er in Frankreich eingeführt ist, haben u. a. auch die Leipziger Lehrer verlangt, die doch Herr Süder nicht als Sozialdemokraten bezeichnen wird. — Jetzt geht wieder eine Notiz durch die Zeitungen, wonach in einer Hildesheimer Schule der Lehrer beim Religionsunterricht die Schülerinnen wegen Nichtbeantwortung ganz schwieriger Fragen fürchterlich geprüft hat. (Lachen rechts.) Wenn Sie von den Bergleuten was abgekriegt hätten, dann würden Sie schon nicht lachen. (Stürmische Heiterkeit.) — Die Abgeordneten Süder und Osel sprachen bei der ersten Lesung vom Darwinismus. In den oberen Schulen wird der Darwinismus gelehrt, wenn man ihn auch Entwicklungslehre nennt; die Volkschüler aber sollen dumm bleiben und an den alten mosaischen Schöpfungsmythus glauben. (Lachen rechts und im Zentrum.) Aber wie soll man noch mit Leuten diskutieren, deren Gedächtnis sehr altersschwach geworden ist, wie der betreffende Herr in dem Königsberger Prozeß selbst zugab. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Berechte-

Wie der Aufruhr seiner Sinne zog das Wettergewölk mit Karl.

Über den Höhen in der Gegend seines Zieles zuckte Blitz auf Oly, und der Donner übertönte von Zeit zu Zeit das Rassel des Bugs. Doch weit, weit zur Rechten, in der dunstigen Ferne, aus der sich der Zug vor einer halben Stunde losgelöst hatte, besiegt die Strahlensonne schon den Wollenvorhang. Und zwischen dem Gebiete der Sonne und dem Bereich des Unwetters stiegen fortwährend weiße Schwaden Dampfes zum Stamme des Höhenzuges empor, während sich schon ein Stückchen Stegengoben vom darüberliegenden Blau abhob und in den schneigen Dunstballen verlor.

Der Pfiff der Lokomotive riss Karl aus seinen Betrachtungen. Der Zug fuhr in die Station. Karl beugte sich aus dem Fenster.

„Sind die Menschen wahrhaftig schon da?“ sagte er sich.

Ein paar Minuten später war er bereits umringt von Bekannten und Freunden; er hörte alte herzliche Töne und sah prüfend in neue Gesichter unter der alten lieben Mütze.

„Kinder, auf eine halbe Stunde müßt ihr mich vorläufig freilassen!“

„Nein, erst in die Kneipe! Was meinst du: da harrt alles deiner! Nachher magst du uns eine Weile durchbrennen.“

„D, das kenn ich! Später ist daran nicht mehr zu denken!“ antwortete er. Aber er sah auch ein: sofort gab es hier kein Entweichen, und statt viel zu verhandeln, wollte er lieber gleich nachgeben, um die erste beste Gelegenheit zu zeitweiliger Flucht zu benutzen.

„Es wird sich alles finden!“ rief man. „In die Kneipe! — Nutzbar!“

Man schob Karl in den ersten Wagen, sein Vertrauter röhnte neben ihm Platz, und ein paar andre Fuhrwerke jagten alsbald hinter ihnen her.